

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 677—684 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 10. Oktober 1919

Bund angestellter Chemiker und Ingenieure und Vereinigung leitender Angestellter.

In Nr. 77 dieser Zeitschrift polemisiert Dr. Schellwien „Der Zusammenschluß der angestellten Chemiker“ gegen Dr. Höfchen's Ausführungen in Nr. 64. Es soll Dr. Höfchen, der gewiß die Antwort nicht schuldig bleiben wird, nicht vorgegriffen werden. Im folgenden soll jedoch auf einige Worte eingegangen werden, in denen Dr. Schellwien nicht unmittelbar an Äußerungen von Dr. Höfchen anknüpft:

Dr. Schellwien schreibt nämlich:

„Zu denken gibt ferner die Tatsache, daß der „Bund“ mit so radikalen Organisationen, wie es der Zentralverband der Handlungsgesellen (jetzt Zentralverband der Angestellten) und der Bund der technischen Angestellten und Beamten („Butab“) sind, gemeinsame Versammlungen abhält. Diese zur Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände („Afa“) gehörenden Organisationen vertreten grundsätzlich die Auffassung, daß es zwischen Angestellten und Arbeitern keinen Unterschied geben darf, daß sie vielmehr alle nur Arbeitnehmer mit den gleichen Interessen seien und daher voll und ganz mit den Arbeitergewerkschaften zusammengehen müßten. Wie der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure in dieser Gemeinschaft die Interessen seiner Mitglieder fördern will, ist nicht verständlich. Der sehr geschickten Führung der „Afa“ wird es zweifellos gelingen, bei der Verfechtung ihrer Interessen den „Bund“ vor seinen Wagen zu spannen und sich seine Mitwirkung nutzbar zu machen; wenn es aber darauf ankommt, die speziellen Wünsche der Bundesmitglieder als obere Angestellte wahrzunehmen, wird der „Bund“ doch wohl nicht im Ernst auf die Unterstützung durch die „Afa“ rechnen.“

„An sich können wir nichts Auffallendes und vor allem nichts Ehrenrühriges oder Unkluges darin sehen, wenn der Bund mit Verbänden anderer Richtung „gemeinsame Versammlungen abhält“. Für Dr. Schellwien aber erscheint das „Abhalten gemeinsamer Verhandlungen“ als eine Art programmatischer Handlungen des Bundes, vielleicht als der Beginn des Versinkens im Sumpfe des Radikalismus, jedenfalls als etwas, was zur Beurteilung und Verurteilung des Bundes wesentlich ist. Unter diesen Umständen müssen wir vom Bunde schon Dr. Schellwien oder seinen Gewährsmann bitten, in nachprüfbarer Weise anzugeben, wann, wo und wie diese „gemeinsamen Versammlungen“, von denen er in der unbestimmten Mehrzahl spricht, angeblich stattgefunden haben sollen. Uns ist nur eine solche Veranstaltung bekannt, und bis auf weiteres glauben wir, daß es sich bei der ganzen Sache, mit der den Kindern bange gemacht werden soll, um die Versammlung der Angestellten in der Groß-Berliner chemischen Industrie am 11./8. in den Sophien-Sälen handelt. Hierüber wollen wir, nachdem der Berliner Tarif glücklich unter Dach gebracht ist, Herrn Dr. Schellwien und der Öffentlichkeit gerne Auskunft geben. Wir müssen zu dem Zweck etwas weiter ausholen, hoffen aber damit nicht nur einige ängstliche Gemüter zu beruhigen, sondern auch an einem praktischen Beispiel zu zeigen, wie sich eine Organisation von höheren Angestellten innerhalb der Gesamtangestelltenbewegung erfolgreich und nützlich betätigen kann.“

Ende April erfuhr der Bund, daß der unter Führung der „Afa“ stehende „Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins“ einen Entwurf zu einem Tarifvertrag für die chemische Industrie fertiggestellt hatte, der auch Chemiker und Ingenieure mit Hochschulbildung einschloß, und zwar mit ganz ungenügenden Mindestgehaltsätzen. Der Bund erhob gegen die Einbeziehung dieser Gruppen Einspruch, da er nicht zulassen konnte, daß durch einen mangelhaften Berliner Tarif die Stellung der Chemiker und Ingenieure im ganzen Reich in ungünstiger Weise vorontschieden würde. Da der „Butab“ an der Einbeziehung festhielt und über die voraussichtliche Stellung der Arbeitgeber sich nichts Gewisses vorhersagen ließ, so entschloß sich der Bund, eigene Forderungen für die von ihm vertretenen Berufskreise aufzustellen und sie in den gemeinsamen Tarifentwurf für alle Angestelltengruppen einzubringen. Etwas anderes blieb uns nicht übrig, wenn wir uns nicht beiseite drängen lassen wollten. Wir waren uns darüber klar, daß die Verhandlungen nun gemeinsam mit den übrigen Angestelltenverbänden aller Richtungen zu führen seien — ebenso wie es ja auch die Vereinigung vor einem halben Jahre beim Berliner Einzelhandels-Tarif gemacht hat, der unseres Wissens die einzige und nicht besonders rühmliche Tarifleistung der Vereinigung geblieben ist. Es war auch vorzusehen,

daß die Verhandlungen in einem so weiten Rahmen sich recht schwierig und langwierig gestalten würden, zumal anfangs außer der chemischen Industrie auch noch der Großhandel einbezogen wurde. Andererseits bot das Zusammengehen mit allen Angestelltenkategorien die Möglichkeit, das Mißtrauen, das bei den unteren und mittleren Angestellten vielfach gegenüber den Akademikern besteht, zu zerstreuen und ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen, wie wir es gegenüber der herrschenden Zerrissenheit im Interesse unserer Kreise und der gesamten Wirtschaft allenthalben ansprechen.

Die Tarifverhandlungen nahmen den von uns erwarteten Verlauf, über dessen Einzelheiten wir an anderer Stelle berichten (Bundesblätter Nr. 8). Sie waren lang und mühevoll, sie führten hart an Klippen vorbei, aber sie konnten doch zum Ziel gesteuert werden (17./9.). Eine Phase darin bildete auch jene Versammlung vom 11./8., an die Dr. Schellwien seine abfälligen Betrachtungen anknüpft, ohne über ihren Zweck und Verlauf unterrichtet zu sein. Wer den Dingen nahe gestanden hat, weiß, daß der damalige Zeitpunkt kritisch war. Ein unvorsichtiger Schritt, und die Berliner chemische Industrie hätte einen Angestelltenstreik gehabt. Es kann heute ausgesprochen werden, daß dieser Streik ein Unglück für die Angestellten und ihren Tarif gewesen wäre. Der Bund hat sich in jener Versammlung nicht „vor den Wagen der Afa spannen“ lassen, sondern seinem Standpunkt einer kraftvollen besonnenen Politik nachdrücklich zur Geltung verhelfen und dadurch zu einer erfolgreichen Fortführung der Tarifverhandlungen wesentlich beigetragen. Der Bund hat erreicht: 1. einen annehmbaren Tarif für die Chemiker und Ingenieure (500 M Anfang, 5 Zulagen zu 60, 5 zu 50 M, also 1050 M Mindestgehalt im 11. Berufsjahr. Gewinnbeteiligungen, auch solche in garantierter Höhe, werden nicht ins Gehalt einbezogen); 2. ein gutes Verhältnis zu den übrigen Angestelltengruppen innerhalb und außerhalb der Betriebe; 3. Vermeidung eines Angestelltenstreiks, womit die chemische Industrie unter den Berliner Wirtschaftszweigen nahezu einzig dasteht.

Es ist lehrreich zu überlegen, wie sich vermutlich die Dinge gestaltet haben würden, wenn die Chemiker und Ingenieure der chemischen Industrie nicht dem Bund, sondern unglücklicherweise der Vereinigung angehört hätten: 1. Da die Vereinigung Tarifverträge für höhere Angestellte verabscheut, hätte sie die Verhandlungen nicht mitgemacht, und da der Butab die Chemiker und Ingenieure einbezogen hätte, so wäre eben für diese ein schlechter Tarif zustande gekommen. 2. Vermöge der Sonderpolitik, die die Vereinigung treibt, hätte sich ein gespanntes Verhältnis zu den unteren und mittleren Angestellten-Gruppen herausgebildet, eine Beeinflussung dieser Gruppen wäre unmöglich gewesen. 3. Wenn diese nicht aus sich heraus Selbstbestimmung geübt hätten, so hätte es möglicherweise zum Streik kommen können. Die Vereinigung hätte dazu beiseite gestanden und ihre Hände in Unschuld gewaschen. Welche Politik ist fruchtbarer, die des Bundes oder die der Vereinigung? Was hier von den von Dr. Schellwien vorgetragenen Grundsätzen der Vereinigung hypothetisch abgeleitet ist, ist an anderen Stellen, an denen die Vereinigung maßgebend ist, Wirklichkeit geworden. In der Berliner Metallindustrie, bekanntlich der Hochburg der Vereinigung, hat sie es durch ihre Politik der Absonderung und tariflichen Passivität nicht etwa erreicht, daß die Chemiker und Ingenieure mit Hochschulbildung aus dem Angestellten-Tarif herausgeblieben sind — vielmehr sind sie vom Butab einbezogen worden, und zwar mit beschämend niedrigen Sätzen: Regelung nach 10 (!) Dienstjahren in der betr. Gruppe im allgemeinen 725 M, in besonders verantwortlicher Tätigkeit 850 M, bei Betriebsingenieuren 900 M, dabei Einbeziehung gewährleisteter Gewinnbeteiligungen in den Tarifgehalt. Die Betroffenen mögen sich für diesen Tarif bei ihren Verbänden, sei es Butab, sei es Vereinigung bedanken! Man kann eben die Entwicklung zur Tarifregelung nicht verhindern, sondern muß nur sorgen, wie es der Bund tut, daß anständige Tarife gemacht werden und daß neben dem tariflichen Mindestgehalt für S o n d e r l e i s t u n g auch S o n d e r b e z a h l u n g gewährt wird (Gewinnanteile neben dem Tarifgehalt). Das verträgt sich sehr gut miteinander. Wenn man aber heute das Tarifwesen ablehnt, so kann man folgerichtig auch die Interessen jüngerer Angestellter nicht wahrnehmen. — Jenes Vorstandsmitglied der Vereinigung hatte ganz recht, als es uns Bundesvertretern am 28./7. mit dünnen Worten erklärte: „daß die Interessen der jüngerer Chemiker schlechthin von der Vereinigung nicht vertreten werden können“. Dr. Höfchen zitiert dieses Wort in Nr. 64, und Dr. Schellwien kann weder die Äußerung selbst noch ihre sachliche Richtigkeit abstreiten. Es liegt in der gleichen Richtung,

wenn bei der Hauptversammlung der Vereinigung im Mai ein maßgebender Herr davor warnte, in der Aufnahme jüngerer Mitglieder weitherzig zu sein, und es ist unverständlich wie angesichts solcher Tatsachen die Vereinigung immer noch darauf ausgeht, jüngere Chemiker und Ingenieure an sich heranzuziehen.

Die Ausführungen von Dr. Schellwien über die Stellung des Bundes zu den Arbeitsrechtsfragen sind teils falsch, teils unsachlich und tendenziös vergrößernd. Es ist unerfreulich, so etwas richtigstellen zu müssen.

Die Gedanken der Betriebsräte und des Mitbestimmungsrechts sind vom Bund so wenig erfunden worden wie von der Vereinigung. Sie stammen teils aus den Nöten, teils aus den Meinungen der Arbeiter und unteren Angestellten und sie müssen als Realitäten gewürdigt werden, mit denen man sich so gut wie möglich auseinanderzusetzen hat. Die Kreise der Vereinigung haben nun vor allem im Bankwesen und in der Metallindustrie üble Erfahrungen mit den Angestelltenausschüssen ihrer Betriebe gemacht und verlangen deshalb für die höheren Angestellten eine Sondervertretung. Unsere Erfahrungen mit den Angestelltenausschüssen in der chemischen Industrie sind im großen ganzen recht günstig und ebenso liegt es in den meisten Industriezweigen, in deren Betrieben die Angestelltenschaft verschiedenartig zusammengesetzt oder weniger zahlreich ist. Wir wünschen deshalb, daß durch das Betriebsratsgesetz an der Zusammensetzung der Angestelltenausschüsse nicht viel geändert werde und daß diese in ihrer Zuständigkeit von dem kommenden Betriebsrat möglichst wenig beeinträchtigt werden. Unser besonderer Wunsch geht dahin, daß die verschiedenen Berufsgruppen der Angestellten in Angestelltenausschuß und Betriebsrat vertreten werden, weil wir im Zusammenarbeiten der verschiedenen Berufsgruppen eine Gewähr für Sachlichkeit und gegenseitiges Vertrauen sehen. Gegen den Plan, eine besondere Kurie der „höheren“ oder „leitenden“ Angestellten zu bilden, haben wir folgendes zu sagen: 1. Wir glauben, daß durch solche Sondergruppenwirtschaft Mißtrauen und Hader auch in die Wirtschaftszweige gebracht wird, die heute noch davon frei sind. Den übrigen Zweigen würde aber durch die Sondergruppen nicht geholfen. 2. Wir halten es für unmöglich, eine zugleich sachlich befriedigende und gesetzgeberisch formulierbare Abgrenzung zwischen „höheren“ oder „leitenden“ und anderen Angestellten zu fördern. Die Vereinigung hat sich seit Monaten um dies Problem bemüht und es auch noch nicht lösen können. Wir geben zu, daß auch die Grenze zwischen Arbeitern und Angestellten, wie sie das Angestelltenversicherungsgesetz zieht, nicht besonders glücklich ist, aber wir stellen uns auf den Boden der vorhandenen Tatsachen, da eine bessere Lösung praktisch nicht zu verwirklichen ist. 3. Wir sehen bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung keine Aussicht, daß der Plan der Sonderkurie die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren findet, während die vom Bund als zweckmäßig erkannte Lösung der Frage mit größter Wahrscheinlichkeit die Billigung der Parteien finden wird. Wäre die Nationalversammlung nach dem früheren preußischen Landtagswahlrecht zusammengesetzt, so wären die Aussichten für die Klassenvertretung der Angestellten günstiger. So aber jagt die Vereinigung mit dem Projekt des Herrn Dr. Müffelmann einem Phantom, und nicht einmal einem schönen, nach.

Die Rührigkeit und Geschäftigkeit, die die Vereinigung entfaltet, ist gewiß recht lobenswert. Da sie aber nach ihrem Aufbau und ihren Grundsätzen die Interessen jüngerer Angestellter, besonders auch jüngerer Chemiker und Ingenieure, nicht vertreten kann, so kann sie als Organisation für unsere Berufskreise nicht in Frage kommen. Ihr aussichtsloses und doch wohl auch anfechtbares Betriebsräteprogramm ändert daran nichts. Sie zeige uns praktische, durchschlagende Erfolge zur Hebung nicht nur ihrer Mitglieder, sondern der ganzen Berufskreise, die sie zu vertreten beansprucht, Erfolge von der Art, wie sie dem Bund beschieden gewesen sind. Dann werden wir lernen, anders über sie zu denken. Wir warten darauf.

Dr. Mittelscheid, Charlottenburg.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Vereinigte Staaten. Die Farbstoff-Schutzzollvorlage wurde mit einer für das Textilgewerbe annehmbaren Lizenzklausel vom Repräsentantenhaus angenommen.

Frankreich. Zölle auf deutsche chemische Erzeugnisse. Die Deputiertenkammer hat am 17./9. ein Gesetz verabschiedet, nach dem Farbstoffe, chemische, pharmazeutische und andere Erzeugnisse, die zu den Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Lieferungen gehören, in Frankreich zollfrei eingeführt werden. Die Einfuhr der über diese Lieferungen hinausgehenden Mengen von Farbstoffen und chemischen Erzeugnissen aus Deutschland ist einer vorherigen staatlichen Erlaubnis unterworfen. Sie erfolgt dann zu den bestehenden Zollarifssätzen. („Information“ von 18./9. 1919.)

Niederlande. Das Ausfuhrverbot für Papiergarne und Gewebe von Papiergarnen ist aufgehoben worden.

Schweden. Mit Wirkung vom 14./9. sind die Ausfuhrverbote für folgende Waren aufgehoben worden: Asbest und Arbeiten daraus, Erdfarben wie Bolus, Ocker usw., natürlicher und künstlicher Asphalt, Asphaltkitt und Asphaltmastix, Abfall von Kautschuk sowie verschlissene Kautschukwaren, Kitt, bereitet aus Öl und festen mineralischen Stoffen, Abfall von Gespinsten oder ähnliche Waren, auch in Vereinigung mit anderem Material.

Finnland. Mit Wirkung vom 5./9. ist die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren freigegeben worden. U. a. befinden sich darunter: Baumwolle, Hanf, Jute, Manilahanf und andere pflanzliche Spinnstoffe, Rinden aller Art, Kork, Pfropfen, Vulkanfaser, künstliches Leder, Leimleder und anderer Lederabfall, Kautschuk, Guttapercha und Balata, Roheisen und nicht schmelzbare Eisenlegierungen, Schrott, Röhren und Röhrenteile, Eisenbahnschienen, Profileisen und Träger im Gewicht von 60 kg oder mehr für das laufende m. Bleche, Aluminium und Aluminiumlegierungen, Blei und Bleilegierungen, Asbest, Ton, Schlacken, Steine, Kalk, Bimsstein, Schmirgel, Dachschiefer, Ziegel, Glas, Emaillemasse, Fensterglas, ungeschliffen und ungeätzt, optische Gläser, Asphalt, natürlich und künstlich, Steinkohlen und anderer Teer aus fossilen Stoffen, Erdfarben, Blei- und Zinkweiß, Farbholz, Ölmalen, Druckerschwarz, Wasserstoffsuperoxyd, Kochsalz, Salmiak, verschiedene Brom- und Jodsalze, Glaubersalz, Alaun, Kaliumnitrat, Wasserglas, Borax, pflanzliche Gerbstoffe wie Eichenrinde, Myrobalden und Quebrachoholz, Schreinerleim, Glühstrümpfe. Das vollständige Verzeichnis kann von Interessenten in der Außenhandelsstelle, Referat Nordische Länder, Bunsenstraße 2, eingesehen werden. („Finlands Författningssamling“ vom 17./9. 1919.)

Rumänien. Die Regierung erläßt ein Gesetz, wonach der auf die Ausfuhr übliche Zoll in Höhe von 20% des Wertes der Ausfuhrartikel für Petroleum künftig in Wegfall kommen soll. Damit glaubt man die Petroleumausfuhr zu steigern.

Deutschland. Die Bekanntmachungen über die Verbote des Anstreichens mit Farben aus tierischem oder pflanzlichem Öl, der Verwendung von Leinöl zur Herstellung von Druckfarben sowie der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Lacken, Firnissen und Farben wurden mit Wirkung vom 22./9. außer Kraft gesetzt.

— Zur Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages ist dem Reichswirtschaftsministerium Sektion II/5, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193/94, sofort Meldung der am 20./9. 1919 vorhandenen Vorräte an synthetisch hergestellten pharmazeutischen Erzeugnissen, Chinarine und Chininsalzen, zu erstatten, und zwar die Mengenangabe in kg oder in der verkaufsblichen Einheit, die handelsüblichen Qualitätszeichnungen, die am 20./9. 1919 gültigen Verkaufspreise für den Großhandel im Inland ausschließlich Verpackung. Anzumelden sind alle bei den Erzeugern oder unter deren Kontrolle anderweitig lagernden Vorräte. Bestände in pharmazeutischen Zubereitungen (z. B. Tabletten, Pillen usw.) sowie nicht synthetisch hergestellte pharmazeutische Produkte (z. B. Sera, Bakterienpräparate, Vaccine) sind nicht zu melden.

Wirtschaftsstatistik.

Rückgang der Manganerzgewinnung in den Vereinigten Staaten. Laut „Wall Street Journal“ vom 25./8. wurden Berichten des U. S. Geological Survey zufolge in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nur 23 937 t hochwertiges Manganerz verladen gegenüber 75 465 t im letzten Vierteljahr 1918. Im Verlauf des ganzen Jahres 1918 gelangten 305 869 t zur Verladung. Die Verladungen von Erzen mit 10—35% Mangangehalt betrugen 35 516 t gegenüber 320 455 t im letzten Vierteljahr 1918 und 916 163 t im ganzen Jahre 1918. Der Staat Montana verlad größtenteils hochwertige, der Staat Nevada geringwertige Erze. Der Rückgang in den Erzverladungen hat seinen Grund darin, daß die Ferromanganerzeuger nicht gewillt sind, ihre Erzlager, die bereits ziemlich umfangreich sind, zu vergrößern, zumal der Absatz für Legierungen zurzeit nur gering ist. Im November 1918 betrug der Preis für 50% iges Erz 60—70 Doll., für 80% iges Erz 290 Doll. je t. Im Juni 1919 wurde von den wenigen Hütten, die Ankäufe machten, für 50% iges Erz 25—35 Doll. je t geboten, für 80% iges Erz 110—125 Doll. je t. Sämtliche Erze gelangten auf Grund von vor dem 11./9. 1918 abgeschlossenen Verträgen zur Verladung. Die Aussichten für die einheimische Erzindustrie sind recht trübe. Die Verladungen dürften im laufenden Jahre 60 000 t kaum überschreiten. („Nachrichten.“)

Die luxemburgische Erzförderung zeigte 1918 einen gewaltigen Rückgang gegenüber dem Friedensjahre 1913. Während damals die gesamten Erzbergwerke 7,3 Mill. t Eisenerz förderten, fiel die Ausbeute in 1918 auf 3,1 Mill. t. Davon entfielen auf das Eschbecken mit 1139 Arbeitern 888 850 t, auf Rümelingen-Düdelingen mit 1444 Arbeitern 1 197 150 t, Differdingen-Rollingen mit 917 Arbeitern

1,04 Mill. t. Im ganzen wurden in der luxemburgischen Erzförderung in 1918 3500 Arbeiter beschäftigt mit einem Gesamtlohn von 13,2 Mill. Fr. gegen 3970 Arbeiter in 1917. Der Gesamtwert der Förderung stellte sich auf 15 Mill. Fr. oder durchschnittlich 4,51 Fr. je t gegen 17,8 Mill. Fr. oder durchschnittlich 4,17 Fr. i. V. Von 75 Erzgruben waren Ende 1918 nur noch 34 in Betrieb, und zwar waren diese meistens Gruben, die zum Besitzstande von Eisen- und Stahlwerken gehören. Die Arbeitsleistung ist infolge der Unterernährung durch die Blockade bedeutend gefallen. In 1913 entfiel auf den Kopf des einzelnen Arbeiters eine Jahresförderung von 1262 t, in 1914 1140 t, in 1915 1392 t, in 1916 1446 t, in 1917 1077 t und in 1918 804 t. Der Durchschnittslohn für Häuer betrug Ende Dezember 1918 19,05 Fr., für Schlepper 18,25 Fr. Was die Erzausfuhr Luxemburgs betrifft, so ging die Ausfuhr nach Deutschland von 509 150 t auf 293 800 t zurück. Nach Belgien wurde die Ausfuhr, die schon in 1917 unbedeutend war, in 1918 vollständig eingestellt. Die Erzeinfuhr aus Lothringen verminderte sich von 1,9 Mill. t auf 927 024 t, während die Einfuhr aus Frankreich eine leichte Steigerung, und zwar von 346 550 t auf 376 156 t aufweisen konnte. Für die Entwicklung des luxemburgischen Erzbergbaus ist folgende Aufstellung bemerkenswert, die die Jahre 1908—1918 umfaßt.

	Gesamt- förderung (in 1000 t)	Gesamt- wert (in 1000 Fr.)	Durchschnitts- preis (pro t in Fr.)
1908	5800	16 696	2,88
1909	5793	15 851	2,75
1910	6263	17 747	2,84
1911	6059	18 647	3,07
1912	6533	19 428	2,97
1913	7333	21 966	2,99
1914	5007	15 827	3,16
1915	6138	19 485	3,17
1916	6752	23 024	3,41
1917	4276	17 833	4,17
1918	3131	14 996	4,51

(„Indépendance Belge“ vom 6./8. 1919.)

II.

Italiens Einfuhr von Eisenerzen, Eisen und Stahl. Es wurden eingeführt (in t):

	1918	1917
Eisenerze	1 951	313
Manganerze	5 452	21 528
Roheisen	115 211	315 954
Schrott	17 667	227 234
Gußstücke	4 395	4 013
Stahlblöcke, Knüppel	5 411	42 894
Stabeisen	369 369	421 154
Platten und Bleche	73 733	52 376
Weißblech	49 829	32 077
Schienen	12 756	36 303
Röhren	7 182	7 925

(„Nachrichten.“)

ar.

Übersichtsberichte.

Japanische Eisenbergwerke in China. Im Auftrage der Handelskammer in Tokio haben zwei ihrer Mitglieder, Moriya und Otsuka, China bereist und über die geschäftlichen Verhältnisse Bericht erstattet. Über das Bergwerkswesen berichtet Otsuka, wie folgt: Die Taoshung-Mine ist mit Chikiang-Chen am Yangtse durch eine Eisenbahnlinie von 5 Meilen verbunden. Sie enthält 20—30 Mill. t Erz und beliefert die Toyo Seitetsu Kaisha (Oriental Iron Works). Die Löhne der Kulis betragen täglich 30 Sen. Die t Erz bis zum Hafen von Chikiang-Chen kommt auf 2 Doll. zu stehen, kann aber noch verbilligt werden. Die Taiyeh-Mine enthält ungefähr 100 Mill. t Erz und soll vom nächsten Jahre ab die kaiserlichen Stahlwerke in Yawata, Kyushu, mit jährlich 600 000 t Erz versorgen. In diesem Jahre wird eine Lieferung von 350 000 t zu 3,80 Yen die t erwartet. Es werden jetzt 2 Hochöfen von je 450 t in der Nähe des Bergwerks aufgestellt, um vom nächsten Jahre ab die Yawata-Werke mit jährlich 200 000 t Roheisen zu beliefern. Bei den Anshanchan-Eisenwerken der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft werden jetzt 2 Öfen von 250 t aufgestellt, und später sollen noch 12—16 weitere Öfen gesetzt werden, um jährlich 1 Mill. t zu liefern. Das Eisenerz in der Nachbarschaft wird auf 400 Mill. t geschätzt, wenn man nur das Erz, das mehr als 40% Eisen enthält, verarbeitet. Die Penchiifu-Kohlen- und Eisengesellschaft besitzt 2 Öfen von 130 t und 2 zu 20 t. Sie liefert jährlich 100 000 t. Die Gesellschaft ist sehr vielversprechend, da sie über große Mengen Koks- und Kohle verfügt. Die Chienerhpu-Eisenwerke in Korea haben 2 Öfen von 150 t und liefern jährlich 100 000 t Eisen oder 50 000 t Stahl. Bei den Hanyang-Eisenwerken existieren 2 Öfen von 110 t und weitere 2 Öfen von 250 t sind im Bau. Im ganzen wird für dieses Jahr die Eisenlieferung aus China auf 576 000 t geschätzt, und nächstes Jahr erwartet man 936 000 t. („Japan Chron.“ vom 20./3. 1919.)

II.

Die Eisenerzversorgung Italiens. Obgleich Frankreich nach Einverleibung von Elsaß-Lothringen das reichste europäische Land an Eisenerzen ist, so kommt es für die Versorgung Italiens wenig in Frage. Die lothringischen Eisenerze sind phosphorös, niedrigen Eisengehaltes und eignen sich nur zur Verhüttung in der Nähe der Minen und an Plätzen, wo die Kohle preiswert ist. Die anderen französischen Minen bieten Italien aus gleichen oder ähnlichen Gründen noch weniger Vorteil, Eisenerze aus Frankreich zu beziehen. Spanien erzeugt zwar große Mengen hochprozentiger Eisenerze, führt aber fast ausschließlich nach Großbritannien aus. Ebensovienig werden die Zufuhren aus Marokko, Alger und Tunis groß sein, obschon auch diese Länder reich an guten Eisenerzen sind. Doch fast die gesamte Gewinnung ging nach Großbritannien und Deutschland, weniger nach Frankreich; sie wird auch künftighin von diesen Ländern aufgenommen werden. Hingegen finden sich noch reiche unausgebeutete Lager an der algerisch-tunesischen Grenze, besonders bei Quenza auf 70 Mill. t geschätzte, an deren Ausbeute Italien beteiligt zu werden fordert, um daraus größere Mengen für sich in Anspruch zu nehmen und an seine Industrie abzuführen. Auf die Abtretung der Lager und der Ausbeute der Minen von Quenza seitens Frankreich an Italien, wird von diesem um so mehr bestanden, als zwar Kleinasien große Bestände an reichen Lagern aufweist, indessen für Italien einstweilen erst in zweiter Linie in Frage kommt; denn während für die Quenza-Lager die Verbindungs- und Transportwege fertig oder in Angriff genommen worden sind, ist diesbezüglich in Kleinasien bisher wenig oder nichts unternommen. („Nachrichten.“) II.

Die Zukunft der französischen Eisenindustrie nach der Einverleibung Elsaß-Lothringens. Durch die Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich tritt dieses in die Reihe der ersten Stahl- und Eisenerzeuger der Welt ein. Der Reichtum des an Frankreich gefallen Erzbeckens wird auf etwa 1830 Mill. t geschätzt und rechnet man hierzu die Schätze von Französisch-Lothringen mit schätzungsweise 3 Milliarden t, so erhält man für das gesamte lothringische Becken die außerordentliche Zahl von 4830 Millionen t. Fügt man nun noch die Erzlager der Normandie und der Pyrenäen hinzu, so erhält man 5130 Mill. t, die den gesamten Reichtum Frankreichs an Eisenerz darstellen. Hierdurch rückt Frankreich bis zur ersten Stelle aller europäischen Eisenerzeugungsländer auf. Deutschland besitzt nach dem Verlust Elsaß-Lothringens nur noch 1777 Mill. t, an dritter Stelle kommt dann England mit 1330 Mill. t und schließlich Schweden mit 1158 Mill. t. — Vor dem Kriege wurden in Frankreich jährlich 21½ Mill. t Eisenerz gefördert, wovon allein 20 Mill. auf die Lager im Departement Meurthe-et-Moselle entfielen. Von diesen 21½ Mill. t wurden in französischen Werken 12 Mill. t verarbeitet und 9½ Mill. t ausgeführt. Die Bestrebungen Frankreichs gingen bereits vor dem Kriege darauf hinaus, die Ausfuhr von Eisenerz immer mehr einzuschränken, die Verhüttung im Lande selbst vorzunehmen und das hierbei gewonnene Roheisen an das Ausland abzugeben. Es fehlte aber an dem hierzu nötigen Brennmaterial und hauptsächlich an Hüttenkoks. Im Jahre 1913 verbrauchte Frankreich 6½ Mill. t Hüttenkoks, während die eigene Gewinnung nur 4 Mill. t betrug. Die fehlenden 2½ Mill. t wurden fast ausschließlich aus Westfalen bezogen, wofür Frankreich als Gegenleistung Eisenerz an Deutschland abgab. Nach Abschluß des Waffenstillstandes ist in Frankreich von verschiedenen Seiten angeregt worden, den Überschuß des Erzreichtums Frankreichs einschließlich der neugewonnenen lothringischen Gebiete nur in verarbeiteter Form auszuführen. Inzwischen ist man jedoch allgemein zu der Ansicht gelangt, daß Frankreich seinen Kohlenbedarf nicht decken kann, und es wird auch in Zukunft die alte Politik des Austausches von Eisenerz gegen Kohle befolgen. Man ist jedoch in Frankreich bemüht, einen Teil des Bedarfs an Kohle durch Ausnutzung der Wasserkräfte zu decken. Die Gesamtmenge der französischen Wasserkräfte wird auf 9—10 Mill. PS. geschätzt. Von dieser großen Zahl wurden vor dem Kriege nur 750 000 PS. verwendet, doch konnten während des Krieges 450 000 PS. neue Kraft dienstbar gemacht werden, und es wird angenommen, daß Frankreich Ende 1921 in seinen Wasserkraften über eine Energiequelle von 1 600 000 PS. verfügen wird. Im Jahre 1913 wurden in Frankreich 21½ Mill. t Eisenerz gefördert, rechnet man hierzu die Erzeugung Deutschlands mit 20 Mill. t, so erhält man die voraussichtliche künftige Jahresausbeute Frankreichs mit 41½ Mill. t. Hiervon wird Frankreich nach vorläufiger Schätzung etwa 30 Mill. t selbst verarbeiten können, wenn sämtliche Hochöfen in Betrieb und die im Bau befindlichen vollendet sein werden. Es wäre verfrüht, jetzt schon einen Zeitpunkt hierfür vorauszusagen. Vorläufig ist mit der Tatsache zu rechnen, daß Frankreich nicht imstande sein wird, seine gesamte Eisenerzgewinnung selbst zu verarbeiten. In Anbetracht des bereits erwähnten Mangels an Brennstoffen wird Frankreich weiterhin gezwungen sein, große Mengen von Eisenerz auszuführen. Frankreich ist zurzeit im Begriff, nach günstigen Absatzmöglichkeiten für den Überfluß seiner Eisenerzgewinnung zu suchen, da es sonst gezwungen wäre, die Förderung einiger Bergwerke ganz oder teilweise einzustellen. Um den Überschuß des Beckens von Briey abzusetzen, wurde das bisher hiermit beauftragte Comptoir des Ventes des Minerais de Nancy durch die Société des Minerais Lorrains ersetzt.

In letzter Zeit sind in Frankreich verschiedene Verkaufsorganisationen entstanden, die nach dem Vorbild des Stahlwerkverbandes den Verkauf der Erzeugnisse einzelner Industriegruppen vornehmen sollen. Hiervon ist in erster Linie das Comptoir Siderurgique de France zu nennen, das als eine Kampforganisation der französischen Schwerindustrie aufzufassen ist. Der Verband hat den Verkauf von halbfertigen Erzeugnissen sowie von Schienen, Schwellen, Trägern, Stabeisen, U-Eisen usw. übernommen. Der Verkauf von Platten und Blechen ist dem Comptoir des Tôles et Larges Plats übertragen worden. Ferner ist zu erwähnen das Groupement des Fondateurs Sinistrés, das den Verkauf der gesamten Erzeugung der sequestrierten deutschen Hüttenwerke in Lothringen regelt. In den lothringischen Bergwerken wurden im Monat Juli 1919 650 000 t Eisenerz gefördert. Die Vorräte betragen etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. t. Die Lieferungen in Frankreich und Lothringen erreichten 375 000 t; 200 000 t wurden nach Deutschland ausgeführt. Die lothringischen Stahlwerke sind zurzeit mit der Herstellung von Konstruktionsmaterial und Eisenbahnschienen für die zerstörten Provinzen beschäftigt. Lieferungen können aber nur unregelmäßig erfolgen, da der Mangel an rollendem Material außergewöhnlich groß ist. In den ersten sechs Monaten d. J. belief sich die Erzeugung der lothringischen Werke wie folgt: Roheisen 460 695 t; Stahl 320 587 t. Von 64 Hochöfen sind 28 in Tätigkeit. Die französische Regierung hat sich neuerdings erboten, während 4 Monaten an England wöchentlich 10 000 t Roheisen P. L. 3% Silicium zum Preise von 217,50 Fr. je t fob Antwerpen zu liefern. („W. N. D.“) ar.

• Marktberichte.

Die Rheinisch-Westfälische Zinkblech-Vereinigung erhöhte mit Wirkung ab 26. d. M. ihre Preise für Lagerverkäufe um 15,50 M auf 436,50 M je dz. dn.

Der Zinkhüttenverband hat, dem Vernehmen nach, die Genehmigung zur Ausfuhr von Zink nach England erhalten. Es sollen bereits 1500 t Zink nach England ausgeführt worden sein. ar.

Der Aluminiummarkt liegt sehr fest; die Preise in Frankreich sind jetzt auf 475 Fr. je 100 kg erhöht worden für Blöcke von 98 bis 99% (Ende 1914 250 Fr., Ende 1915 600 Fr.). In den Vereinigten Staaten ist Aluminium kaum unter 33 Cents je engl. Pfund (0,453 kg) zu haben, und der Bedarf ist dort so groß, daß wieder eine Einfuhr stattfindet. Die Kriegspreise waren allerdings noch erheblich höher als die jetzt geltenden, denn während Aluminiumbarren in New York im Juli 1914 17,66 Cents notiert hatten, setzte gegen Mitte 1915 unter dem Einfluß des Kriegsbedarfs eine Verteuerung ein, die den Preis 1916 zeitweise bis über 65 Cents trieb. Der New Yorker Durchschnittspreis für 1916 war 60,71 Cents. In Deutschland stellte sich der Richtpreis Ende Juli auf 1200 M je 100 kg für Lieferung- und 1500 M für Kontingentscheine, die allerdings jetzt abgeschafft sind, da der freie Handel mit Aluminium völlig wiederhergestellt ist. („Frkf. Ztg.“) on.

Das Syndikat deutscher Sodafabriken erhöhte die Preise für kaustische Soda von 31 auf 39 M je dz mit Wirkung vom 1./9., die Sulfatverteilungsstelle erhöhte den Preis für gemahlene Sulfat von 25,50 auf 26,50 M rückwirkend vom 1./3. d. J. („Frkf. Ztg.“) ar.

Erhöhung der Zementpreise im tschecho-slowakischen Staat. Während vor dem Kriege 1 dz Zement 4—5 Kr. loko Zementfabrik kostete, betrug er in der letzten Zeit 26 tschecho-slowakische Kr. Gegenwärtig fordern sämtliche Zementfabriken eine Preiserhöhung auf 30 Kr. Der Vorrat aller Fabriken beträgt zurzeit ungefähr 1500—2000 Waggons. („Nachrichten.“) ll.

Die Branntweipreise des neuen Reichsbranntweinmonopols. Das kürzlich gebildete Reichsmonopolamt hat zum ersten Male in Gemeinschaft mit dem Beirat den Branntweingrundpreis für das Betriebsjahr 1919/20 auf 180 M für 100 l Weingeist festgesetzt. Zu diesem Preis tritt für Obstbranntwein (aus Wein, Zwetschen usw.) ein Zuschlag, der bis zu 3020 M beträgt. Für Kornbranntwein beträgt der Zuschlag 60 M, für Branntwein aus landwirtschaftlichen Kleinbrennereien 70 M. Der regelmäßige Verkaufspreis wird auf 2200 M für 100 l Weingeist festgesetzt, die ermäßigten Verkaufspreise schwanken zwischen 195 M für Rohbranntwein zur Essigerzeugung und 205 M für Branntwein, der in öffentlichen Krankenhäusern, öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsinstituten verwendet wird. („B. Tg.“) ar.

Schwedens Versorgung mit Arzneiwaren. Die Bestände an Arzneiwaren aller Art sind zurzeit ausreichend, aber verschiedene Zeichen deuten darauf hin, daß man in absehbarer Zeit einem Mangel an mehreren der notwendigsten sogenannten „reinen“ Arzneimitteln gegenüberstehen wird. Diese wurden jahrelang aus Deutschland, und nur geringere Partien aus den Verbandsländern, besonders Amerika, eingeführt. Die Lager an Arzneiwaren in Deutschland gehen zu Ende. Schon jetzt kann man den Zeitpunkt berechnen, an welchem Deutschland die Ausfuhr dieser Waren vollständig einstellen muß. Die Folge wird eine Preiserhöhung für alle „reinen“ Arzneimittel sein, die nach dem bedeutenden Preisrückgang der

letzten Zeit sich um so empfindlicher bemerkbar machen wird. Die Einfuhr aus den Ententeländern hat eigentümliche Schwankungen durchgemacht. Von den Westmächten und Amerika hat Schweden seinen Bedarf an Drogen und aller Art medizinischen Rohstoffen gedeckt. Man hoffte, daß der Friede diesem Mangel ein Ende machen würde. Dies war aber nicht der Fall. („Svensk Handelstidning“ vom 18./9. 1919.) ll.

Die ungenügende Kunstdüngerversorgung. Die Zentralgenossenschaft zum Bezüge landwirtschaftlicher Bedarfsartikel E. G. m. b. H. in Halle, welche mit 1336 angeschlossenen Verbandsgenossenschaften unter den Verbrauchern mit an erster Stelle steht, gibt von den Verhältnissen in der Düngemittelversorgung ein recht trübes Bild. Für diesen Herbst stehen infolge des Kohlenmangels, der auch die Stickstofffabriken nicht zur vollen Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit kommen läßt, stickstoffhaltige Düngemittel nur in recht beschränktem Maße zur Verfügung. Auch Superphosphat kann nur in ganz geringfügigen Mengen beschafft werden. Der größte Teil der hergestellten Ware kommt in der Mischung Ammoniaksuperphosphat zur Ablieferung. Der Preis für Superphosphat ist bedeutend erhöht worden, da sich heute der Höchstpreis für 1 kg-% citratlösliche Phosphorsäure auf 418 Pfg. stellt. Angesichts der zahlreichen Überschreitungen der gesetzlichen Höchstpreise für stickstoffhaltige Düngemittel gibt die Zentralgenossenschaft unter Umrechnung der Preise eine Anleitung, derzufolge 1 Ztr. schwefelsaures Ammoniak bei einem Gehalt von $20\frac{1}{2}$ % Stickstoff 39,97 M, 1 Ztr. Kaliammonsalpeter bei einem Gehalt von 16% Stickstoff und 25% Kali 45,07 M, 1 Ztr. Kalkstickstoff bei einem Gehalt von 18% Stickstoff 30,60 M, 1 Ztr. Ammoniaksuperphosphat bei einem Gehalt von 5% Stickstoff und 5% Phosphorsäure 21,95 M bei ganzen Ladungen frachtfrei Empfangsstation kosten. Hinsichtlich der Kalisalze haben sich die Abladeverhältnisse noch bedeutend verschlechtert. Von den Kainit- und Chlorkaliumaufträgen sind noch solche aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahres rückständig. Bevorzugte Verladungen lehnt das Kalisyndikat ab. Ob und in welcher Weise weitere Zuweisungen an Thomaschl für dieses Jahr noch zu erwarten stehen, ist noch nicht entschieden. Mit einer Belieferung von geranntem Stickkalk ist angesichts der Betriebsbeschränkungen der Kalkwerke durch den Kohlenmangel nicht zu rechnen. Es wird als Ersatz Kalkmergel geliefert. Torfstreu und Torfmull ist infolge der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wieder lieferbar, doch rechnet man in absehbarer Zeit und namentlich im nächsten Frühjahr in Anbetracht der großen Nachfrage mit einer Knappheit der Ware. („Frkf. Ztg.“) ar.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Mitteldeutsches Braunkohlensyndikat (s. a. S. 624). Nach langwierigen Verhandlungen ist soeben das von der Regierung verlangte Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat zustande gekommen. Fast alle Werke links der Elbe sind in dem Syndikat vereinigt. Zum ersten Vorsitzenden desselben, das am 1./10. seine Tätigkeit aufnimmt, wurde der Generaldirektor der Riebeck'schen Montanwerke, Bergmeister Hofmann, gewählt. Sitz des Syndikats ist Leipzig. Die Syndikatsleitung liegt in den Händen der Herren Regierungsrat a. D. Dr. Wolf, Halle a. S., und Direktor Carl Müller, Bitterfeld. („B. B. Ztg.“) on.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Canada. Norwegisch-Britisches Nickelwerk. Der größte Teil des 16 Mill. Doll. betragenden Kapitals der „British-American Nickel Cooperation“ befindet sich in norwegischen Händen. Das Nickelwerk ist jetzt fertiggestellt, im November wird mit dem Schmelzbetrieb begonnen, so daß Anfang Januar die ersten Mengen Nickel geliefert werden können. Die Gruben liegen in Sudbury, die Raffinerieanlagen bei Ottawa; letztere beziehen ihre Betriebskraft, 10 000 PS, von dieser Stadt. Die Gewinnungsfähigkeit beträgt 10 000 t Nickel und 6000 t Kupfer im Jahre. Die ganze Gewinnung für die nächsten acht Jahre wurde von der britischen Regierung aufgekauft. („Aftenposten“ vom 16./9. 1919.) dn.

Mexiko. Ankäufe von Petroleumfeldern. Dem „Wall Street Journal“ zufolge hat die Boliviar Concessions in London Petroleumfelder von dem Riesenausmaß von 13 Mill. Acres angekauft, die sich bis nach Brasilien ausdehnen. Das gleiche Blatt bemerkt zu dem Kauf, daß keine amerikanische Petroleumgesellschaft derart mächtige Felder besitzt. Die Mexican Petroleum Company, die größte in Amerika, verfügt demgegenüber nur über 500 000 Acres. dn.

Britisch-Indien. Die Trinidad Central Oilfields Co. a. u. Trinidad gibt bekannt, daß die Ölböhrungen bei Tabaquite erfolgreich waren. Das erste der tiefer getriebenen Bohrlöcher ist

auf Öl von derselben Qualität gestoßen wie das mehr an der Oberfläche gefundene Öl. Die Ausdehnung des tiefen Vorkommens beträgt über eine halbe Meile, an der Oberfläche etwa eine Meile. („Nachrichten“ vom 6./9. 1919.) *dn.*

England. Die Gerüchte über den Verkauf eines bedeutenden Eisen- und Stahlwerks, John Lysaght, Ltd., bestätigen sich. Sie sind an eine Finanzgruppe, an der u. a. D. R. Llewellyn und Lady Rhondda beteiligt sind, verkauft worden. Es handelt sich hier um den größten Kaufvertrag, der seit vielen Jahren geschlossen wurde. Die Firma John Lysaght wurde 1857 gegründet und hat außer auf dem englischen Markt große Unternehmungen in den Kolonien einschließlich Australien, Neuseeland und Canada. Die jährlichen Gewinne des Unternehmens betrugen rund 500 000 Pfd. Sterl. („Times Trade Suppl.“ vom 13./9. 1919.) *ar.*

Italien. Manganerze. Die einheimische Förderung beläuft sich auf ungefähr 20 000 t jährlich; sie kann schwerlich gesteigert werden, da die Ertragsfähigkeit der bekannten Lager nur gering ist. Bei dem zunehmenden Bedarf und der Ausdehnung in der Herstellung elektrolytischen Ferromangans muß Italien mindestens noch 20 000 t Manganerz einführen. Zu diesem Zwecke sollen insbesondere die Gebiete des Kaukasus dienen und Ansprüche auf Italiens direkten Einfluß dort erhoben werden. („Nachrichten.“) *ar.*

Tschecho-slowakischer Staat. Nationalisierung der Skodawerke. In Ergänzung der Mitteilungen über den Ankauf von 40 000 Aktien des Unternehmens durch die französischen Geschützwerke Schneider-Creuzot (s. S. 665) ist nunmehr nachzutragen, daß die Nationalisierung der Skodawerke durch die Beschlüsse der Generalversammlung vollzogen worden ist. In den Verwaltungsrat wurden sechs Tschechen und drei Franzosen, unter den letzteren auch Eugène Schneider, der Chef der Firma Schneider & Co. in Paris, gewählt. Der Vorsitzende knüpfte an die Wahl die Bemerkung, schon diese Wahl veranschaulichte recht deutlich das Bestreben der Gesellschaft, sich vollständig auf den Boden der Republik und ihrer Verbündeten zu stellen. Die Aussichten scheinen durch eine Kooperation charakterisiert, welche in der allerletzten Zeit zwischen der Firma Schneider-Creuzot und der „Akt.-Ges. vormals Skodawerke“ — so wird die Firma jetzt lauten — vereinbart wurden. Weiter wurde beschlossen, das Aktienkapital von 72 auf 144 Mill. Kr. zu erhöhen, von dem neue Aktien im Betrage von 44,8 Mill. Kr. sofort und 27,2 Mill. Kr. später emittiert werden sollen. Eugène Schneider wurde zum ersten Vizepräsidenten erklärt. („Frkf. Ztg.“) *on.*

Chemische Industrie.

Paraguay. Reichtum an Farbhölzern. Der „Schweizer Exporteur“ vom 6./9. berichtet, daß die Wälder in Paraguay Farbhölzer in allen Regenbogenfarben enthalten und ihre rationelle Ausbeutung durch eine zu gründende schweizerische Aktiengesellschaft sicheren und reichen Erfolg verspricht. Eine kapitalkräftige, seriöse Gesellschaft würde nicht nur auf billigen Landerwerb, sondern auch auf die weitestgehende Unterstützung der paraguayischen Regierung — Zollfreiheit für die eingeführten Maschinen usw. — rechnen können. Ja, es würde sich — laut Mitteilung eines in nächster Zeit nach Asuncion zurückkehrenden, angesehenen Großkaufmanns — der Eigentümer eines 500 000 acre großen Waldgebietes berechnen, sein Land und seine farbhölzreichen Wälder einer vertrauenswerten leistungsfähigen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen unter der einzigen Bedingung, später an ihrem Geschäftsgewinn nach Maßgabe des Wertes seines Grundstücks zu partizipieren. (Nachrichten.) *ll.*

Japan. Herstellung von Luftstickstoff. Es wird berichtet, daß japanische Interessenten eine Gesellschaft für die Herstellung von Luftstickstoff mit einem Kapital von 10 Mill. Doll. gründen. („Eastern Engineering“, London, vom 29./8. 1919.) *ar.*

— **Neugründung.** Eine Anzahl japanischer Unternehmer beabsichtigt, unter der Firma „Imperial Gunpowder Manufacturing Co.“ eine Sprengstofffabrik mit einem Kapital von 10 Mill. Yen zu errichten. Die Hälfte der Aktien wird von den Gründern übernommen, der Rest zur öffentlichen Zeichnung ausgelegt. Die Fabrik soll auf einer Halbinsel des Kreises Chita in der Präfektur Aichi erbaut werden, wo bereits 1 Mill. qm Grund von der Gesellschaft erworben ist. („Japan Weekly Chronicle“ vom 24./6. 1919.) *dn.*

England. Eine internationale Farbstoffkonferenz soll nach einer Anregung des amerikanischen Generalkonsuls mit dem Sitz in London errichtet werden, die die Sorten, die Qualität, die Menge und den Preis der von den Alliierten aus Deutschland zu beziehenden Farbstoffe bestimmen soll. An dieser Konferenz sollen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und der Schweiz teilnehmen, wobei jedes Land durch eine dreiköpfige Delegation vertreten wird. Jede Delegation wird aus einem Vertreter der Farbstofffabrikanten, einem Vertreter der Farbstoffkonsumenten und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen. *Gr.*

— Die schon voriges Jahr geplante Verschmelzung der Alby United Carbide Factories Ltd. und der Nitrogen Products & Carbide Co. Ltd. soll jetzt, nachdem Hindernisse,

die sich durch Bedingungen der norwegischen Regierung erhoben hatten, beseitigt sind, durch Generalversammlungsbeschluß beider Gesellschaften sanktioniert werden. („Fin. News“ vom 20./9. 1919.) *Ec.*

— **Geschäftsberichte.** Lawes Chemical Manure Company will für das Geschäftsjahr (Juli/Juni) 1918/19 eine Dividende von 7% auf die Vorzugsaktien (wie beide Jahre vorher) verteilen. Bei Abschreibungen von 6700 Pfd. Sterl. sollen 9512 Pfd. Sterl. auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Die United Indigo and Chemical Company hat im Geschäftsjahr 1918/19 (Juli/Juni) einen Rohgewinn von 63 900 gegen 63 300 Pfd. Sterl. erzielt, woraus aber wegen verminderter Kriegsmehrgewinnsteuer ein erhöhter Reingewinn von 33 300 Pfd. Sterl. (gegen 21 500 Pfd. Sterl.) zur Verfügung bleibt. Bei unveränderter Dividende von 20% auf Vorzugs- und Stammaktien sollen 43 300 Pfd. Sterl. (gegen 29 100 Pfd. Sterl.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Einen Reservefonds hat die Gesellschaft nicht. — Die Magada Soda Company, ein Unternehmen im englischen Ostafrika mit einem Kapital von 1 312 500 Pfd. Sterl., hat das Jahr 1918 wieder mit einem Verlust abgeschlossen, der sich diesmal auf 48 954 Pfd. Sterl. beläuft gegen 16 771 Pfd. Sterl. im Jahre 1917; der Gesamtverlust steigt damit auf 100 899 Pfd. Sterl., ohne daß irgend etwas für Abschreibungen gesehen wäre. Anfangs 1919 hat die Gesellschaft 500 000 Pfd. Sterl. Obligationen ausgegeben. Anfangs 1918 nahm der Absatz der Gesellschaft zu, doch hatte der Abschluß des Waffenstillstandes und die Freigabe von calcinierter Soda für Handelszwecke einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Verkäufe von körniger Soda. Wegen beispielloser Erhöhung der Eingeborenenlöhne und gestiegener Materialkosten wurde die Gewinnung von Soda mit der Hand Mitte 1919 eingestellt; es wird jetzt nur noch mechanisch gearbeitet. Die Anlage zur Herstellung kaustischer Soda ist jetzt in Betrieb gekommen und arbeitet sehr gut. Mit ihren Ansprüchen für die Benutzung ihrer Bahn und Wasserleitung in Ostafrika zu Kriegszwecken ist die Gesellschaft abgewiesen worden. Ihre Irlam-Werke in der Nähe von Manchester sind noch in Händen der Militärverwaltung. („Fin. News“ vom 16./9. 1919; „Fin. Times“ vom 17./9. 1919.) *Ec.*

— **Geschäftsabschluss.** Die Eastern Chemical Company hat im Geschäftsjahr April 18/März 19 nach Abschreibungen von 5724 Pfd. Sterl. nur einen Reingewinn von 13 843 Pfd. Sterl. (gegen 14 245 Pfd. Sterl.) erzielt. Dank hohen Vortrags stehen aber 21 720 Pfd. Sterl. zur Verteilung zur Verfügung, woraus die Stammaktien 10% erhalten sollen. Aus dem Vortrag auf neue Rechnung von 16 631 Pfd. Sterl. sind noch Einkommen- und Kriegsmehrgewinnsteuer in England zu decken. 26 305 Stammaktien sind im Laufe dieses Jahres den Aktionären zu 30 sh. in London und zu 18 Rupien in Bombay angeboten und stark überzeichnet worden. Der Absatz, der nach dem Waffenstillstand etwas zurückging, hat sich wieder erholt und war anscheinend etwas größer als im vorigen Geschäftsjahr. („Fin. News“ vom 20./9. 1919.) *Ec.*

Frankreich. Ersatz von Schwefelkies durch Gasreinigungsmasse. Nach dem „Bulletin de la Société d'Encouragement pour l'Industrie Nationale“ besaß die Société d'Eclairage, Chauffage et Force motrice par le gaz in Gennevilliers vor dem Kriege zwar die erforderlichen Anlagen, um die zur Ammonium-Sulfat-Bereitung notwendige Schwefelsäure selbst herzustellen; aber aus Sparsamkeitsgründen wurde die Schwefelsäure von auswärts bezogen. Das Pulverbeschaffungsamt verfügte jedoch, daß die Gesellschaft ihre eigenen Bleikammern zur Herstellung der Schwefelsäure benutzen solle. Angesichts der schwierigen Beschaffung von Schwefelkies versuchte die genannte Gesellschaft, denselben durch Rückstände der Gasreinigung zu ersetzen, die bis 50% Schwefel enthalten. Die in der Gasreinigungsmasse vorhandenen Sägespäne sind nicht allzu hinderlich, da durch Verbrennen der Zellstoffgehalt auf 5–6% reduziert werden kann. Das Abbrennen der Gasreinigungsmasse erfolgt in Herrendorfföfen. Aus Schwefelkies können in 24 Stunden 8 t Schwefelsäure erzeugt werden, aus Gasreinigungsmasse nur etwa zwei Drittel dieser Menge; doch hat letztere den großen Vorteil, daß sie keine Kosten verursacht. Das zurückbleibende Eisenoxyd ist dem Oxyd aus Schwefelsäurerückständen gleichwertig. („Nachrichten.“) *ll.*

Polen. Kapitalerhöhung. Vereinigte Erdgas- und Gasolin-Werke, G. m. b. H., Lemberg, von 3 1/2 Mill. auf 25 Mill. Kr. („Glos Narodu“ vom 17./9. 1919.) *dn.*

Verschiedene Industriezweige.

Australien. Gewinnung von Asbest. In Perth, Westaustralien, hat J. A. Gordon die Gewinnung von Asbest, eine für Australien ganz neue Industrie, aufgenommen. Das Mineral wird aus einer Grube in Indarrie, etwa 24 Meilen von Moora entfernt, gewonnen. („The British Australasian“ vom 11./9. 1919.) *on.*

England. Geschäftsbericht. Die English Margarine Works (1919) Ltd. mit einem Kapital von 1 500 000 Pfd. Sterl. je zur Hälfte in Vorzugs- und Stammaktien haben von jeder Aktienart 500 000 Pfd. Sterl. ausgegeben. Die Stammaktien haben zum Teil zur Bezahlung der übernommenen English Margarine Works Ltd.

gedient, deren Fabrik in Broad Green wöchentlich 1000 t Margarine herstellt. Die Vorzugsaktien (7% mit Nachzahlungs- und Anteilsberechtigung) werden zu pari zur Zeichnung aufgelegt. Der Erlös soll Betriebskapital und Mittel zum Erwerb der Margarine-Fabrik der United Creameries Ltd. in Dunrogit, Wigtonshire, in Schottland dienen. („Fin. News“ vom 20./9. 1919.) Ec.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Nach 10 139 650 (21 640 754) M Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 2 640 512 (37 748 733) M. Vorgeschlagene Dividende 8 (20)% ll.

Vereinigte Königs- und Laurahütte. Nach Abschreibungen von 4 333 935 M beträgt der Gesamtverlust 10 824 492 M. Im Vorjahre wurde aus einem Reingewinn von 8 570 977 M. 12% Dividende verteilt. on.

Neue Kohlenfunde in Westfalen. In den Gemarkungen Dornberg (Kreis Halle), Werther, Steinhagen, Borgholzhausen, Hilter und Vlotho ist man auf Steinkohlen, Schwefelkies, Eisenerze und bituminöse, erdölige Stoffe gestoßen. Die Grubenfelder, die den Namen „Auguste Hallersglück“ und „Gute Hoffnung I“ erhalten haben, haben eine Größe von 2 200 000 qm. („Frkf. Ztg.“) ar.

Braunkohlengewerkschaft Luckenborg, Düren. Nach 184 100 (176 975) M Abschreibungen erhöht sich der Verlustvortrag von 406 048 auf 1 291 325 (203 997) M. ll.

Hasper Eisen- und Stahlwerk, Haspe. Nach Abschreibungen von 2 012 535 (4 500 278) M Reingewinn 2 119 654 (4 889 161) M. Vorgeschlagene Dividende 10 (16)%, Neuvortrag 29 910 (983 138) M. ar.

Sozialisierungspläne für die Aluminiumindustrie. Eine Sozialisierung von Reichs wegen bahnt sich in aller Stille in der deutschen Aluminiumindustrie an. Trotz der Heimlichkeiten des Krieges ist es nun bekannt geworden, daß während des Krieges in Deutschland eine Aluminiumindustrie herangebildet worden ist. An verschiedenen Stellen des Reiches sind Aluminiumfabriken mit der Liberalität, wie sie bei den Kriegsausgaben gang und gäbe war, in Deutschland gebaut worden. Inwieweit und ob überhaupt die Fabriken noch Aluminium vor Kriegsschluß geliefert haben, darüber liegen bisher zuverlässige Angaben nicht vor. Von einzelnen Werken jedenfalls weiß man, daß sie gerade erzeugungsfähig waren, als der Krieg ausging. Die Frage, was mit den riesigen Anlagen geschehen soll, wird nun allem Anschein nach in der Weise gelöst werden, daß das Reich die Werke, die verständigerweise mit Hilfe der Privatindustrie ins Leben gerufen worden sind, völlig übernimmt. So ist gemeldet worden, daß das Reich von den beteiligten Industriegesellschaften deren Anteile an dem Lautawerk (Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. in Hoyerswerda) in der Lausitz erworben hat. Das Aluminiumwerk der Lausitz, das Lautawerk, gehört nun also völlig dem Reiche. Wieso mit den anderen Werken werden wird, darüber liegen noch keine Nachrichten vor. Dringend zu warnen ist aber vor einer Sozialisierung der Aluminiumindustrie durch das Reich. Geschäftige Hände sind dabei, den Herren in der Regierung, die in solchen Dingen nicht Bescheid wissen, die Sozialisierung mündgerecht zu machen. Gefährlich wäre der Reichsbetrieb der Aluminiumwerke aus verschiedenen Gründen. Unsere Aluminiumindustrie ist jung, eben geboren. Sie ist also mit hohen, durch den Krieg bedingten Anlagekosten behaftet. Sie hat geringwertigere „Erze“ zu verarbeiten als die ausländische Industrie. Sie wird mit einer großen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu rechnen haben. Wäre die Aluminiumindustrie bei uns bodenständig, dann wäre sie von dem privaten Unternehmungsgeist schon vorher ins Leben gerufen worden. („Frkf. C.“) Gr.

Chemische Industrie.

Das Interesse der Amerikaner an der chemischen Industrie. Zu der Anwesenheit des amerikanischen Finanziers Mr. Irving A. Keen in Berlin wird dem „B. B. C.“ aus den zuständigen Kreisen der Industrie mitgeteilt, daß es sich keineswegs um eine Prüfung oder gar „Kontrolle“ der Ausföhrfähigkeit der chemischen deutschen Industrie handeln kann. Die letzten Verhandlungen in Paris haben im Gegenteil gezeigt, daß die amerikanischen Sachverständigen und Industriellen sich durch ganz erstaunliche Kenntnis über die wirtschaftliche Lage unserer chemischen Industrie ausgezeichnet haben. Die Tatsache, daß Mr. Irving A. Keen als Vertreter eines großen Finanzkonzerns im Auftrage der amerikanischen Handelskammer in London nach hier gesandt worden ist, läßt darauf schließen, daß die Amerikaner versuchen werden, den bereits seit einiger Zeit diskutierten Plan, die wesentlichsten Patente der Anilinfabrikation und der pharmazeutischen Industrie en bloc aufzukaufen und in eine große reine Finanzgesellschaft einzubringen, an der das amerikanische Kapital und die deutsche chemische Industrie selbst beteiligt sein würde, zur Ausführung zu bringen. Soweit bisher bekannt ist, hat Mr. Irving A. Keen bisher nur mit einzelnen Firmen private Föhlung gesucht. Dr. Ed. C. Worden, chemischer Sachverständiger

des Bureau of Aircraft Production in Washington, schreibt in der „Times“ über seine beim Besuch verschiedener Mittelpunkte der chemischen Industrie in Deutschland gesammelten Erfahrungen. Er stellt fest, daß die deutsche Industrie vollkommen bereit ist, eine ebenso große Erzeugungstätigkeit zu entwickeln, als ob kein Krieg gewesen wäre. Die Lage der deutschen Farbstoff- und Arzneimittelindustrie sei so günstig wie je zuvor, und ihre Erzeugnisse liegen für die Ausfuhr bereit. Der größte Erfolg der Deutschen ist die Herstellung von Stickstoff aus der Luft in großem Umfange. Die Badische Anilin- und Sodafabrik bildet das Hauptquartier dieser Industrie, welche die Deutschen völlig instand setzen wird, ihren Boden wieder fruchtbar zu machen. Die Deutschen sind so sehr davon überzeugt, daß kein anderer Staat ihnen in dieser Entwicklung folgen kann, daß sie bereit sind, den französischen Behörden im besetzten Gebiet alles zu zeigen, was sie sehen wollen. Die große Stickstoffgewinnung setzt die Deutschen nicht allein in die Lage, ihre Landwirtschaft vorwärtszubringen, sondern liefert ihnen auch unbeschränkte Mengen Material für Sprengstoffe. Dr. Worden befürchtet daher auch, daß die chemische Industrie in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien auf Deutschland einen scharfen Konkurrenten haben werde, besonders, da die deutsche Bevölkerung auf einer durchschnittlich hohen Entwicklungsstufe stehe, während die Vereinigten Staaten und Großbritannien wohl über eine beträchtliche Zahl gebildeter Leute verfügen, daß aber ein großer Teil ihrer Bevölkerung nicht die erstrebenswerte Begabung und Erziehung erreicht habe. („B. B. C.“) Gr.

Firmenänderung. Die Drogen- und Chemikalien-Großhandlung Friedrich Geffers ist unter Anlehnung an das Nordische Kolonialkontor G. m. b. H. Hamburg in die Fa. Nordisches Drogen- und Chemikalien-Kontor G. m. b. H. umgewandelt und der Betrieb gleichzeitig erweitert worden. on.

H. A. Meyer & Riemann Chemische Werke A.-G. in Linden-Hannover. Reingewinn 101 790 (153 526) M, Dividende 5 (10)% ll.

Stettiner Kerzen- und Seifen-Fabrik, Stettin. Nach 66 231 (83 083) M Abschreibungen einschl. Vortrag von 210 340 (18 208) M, Betriebsgewinn 372 888 (257 633) M, Dividende 15 (20)% on.

Brandenburgische Carbid- und Elektrizitätswerke, A.-G. in Berlin. Nach 211 343 (190 000) M Abschreibungen einschl. Vortrag von 21 721 (19 402) M Reingewinn 322 310 (302 894) M, Dividende wieder 7%, Neuvortrag 19 729 (21 721) M. dn.

Verschiedene Industriezweige.

Zuckerfabrik Brühl, A.-G. in Brühl. Nach 198 179 (97 220) M Abschreibungen und einschl. 16 080 (17 305) M Gewinnvortrag ergibt sich ein Verlust von 450 577 M (255 785 M Reingewinn), Vortrag 361 093 M. ll.

Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk bei Hannover. Nach 224 200 (84 200) M Abschreibungen einschließlich 66 056 (33 281) M Vortrag, Reingewinn 281 699 (779 080) M, Dividende 16 $\frac{2}{3}$ (21)%, Neuvortrag 1602 (66 056) M. ar.

A.-G. Trachenberger Zuckersiederei in Trachenberg. Nach Abschreibungen von 60 000 (59 461) M ergibt sich einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 140 870 (241 521) M, Dividende 7 (10)% ar.

Gewerbliche Fragen.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Die Rechtsbeständigkeit der englischen Einfuhrverbote für Chemikalien (vgl. S. 470) ist nun tatsächlich vor den englischen Gerichten in Frage gestellt worden in einem Prozeß, den ein Fabrikant von Chemikalien namens Brown, der Pyrogallussäure eingeführt hat, gegen einen Zollbeamten namens Buckley wegen ungerechtfertigter Beschlagnahme dieser Ware angestrengt hat. In diesem Prozeß, der zur Feriensache erklärt worden ist, handelt es sich darum, ob das Einfuhrverbot rechtswirksam auf das Zollgesetz von 1876 gestützt werden konnte, das ein Verbot der Einfuhr von „Waffen, Schießpulver, Munition und irgendwelchen anderen Dingen“ durch Königliche Verordnung für zulässig erklärt, mit anderen Worten, ob diese „anderen Dinge“ ähnliche Dinge sein müssen. — Nach einem weiteren Bericht der Fin. Times vom 25./9. ist in dem Rechtsstreit Brown gegen Buckley wegen der Rechtsuntüchtigkeit der englischen auf das Zollgesetz von 1876 gegründeten Einfuhrverbote zwar der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung abgelehnt, und die Sache in den übrigens schon anhängen ordentlichen Prozeß verwiesen worden. Bemerkenswerterweise hat dabei aber der Richter Greer ausgesprochen, daß ihm prima facie die Rechtsauffassung des Klägers berechtigt erscheine. („Fin. Times“ vom 18./9. 1919.) Ec.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurden berufen (ernannt): Der a. o. Professor der physiologischen Chemie Dr. W. Autenrieth in Freiburg i. B. an die Universität Göttingen als Nachfolger Carl Mannichs; J. Clay zum Professor für Naturwissenschaft an der Technischen Hochschule in Bandoeng (Niederl.-Indien); Geh. Reg.-Rat Dr. G. Kassner, a. o. Professor für pharmazeutische Chemie und Dirigent der pharm.-chem. Abteilung am Chemischen Institut Münster, zum o. Professor.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: E. Brenning, bei der Zuckerfabrik Korbisdorf, A.-G. in Korbisdorf; Fabrikbesitzer K. Neugebauer, Brieg, bei der A.-G. Kreuzburger Zuckerfabrik in Kreuzburg O.-S.; Dr. jur. V. Latzel, Twardawa, u. I. Seidl jun., Mährisch Schönberg, bei der Aktienzuckerfabrik Ottmachau; Chemiker H. P. R. L. Pörsche, Hamburg, bei der Fa. „Peritrix“ Chemische Fabrik, G. m. b. H., Hamburg; W. Zuckschwerdt, E. Alenfeld, Magdeburg, A. Schuchardt, Elberfeld, E. Merckens, Baden-Baden, H. Wolff, Köln a. Rh. und L. Jacoby, Dortmund, bei der Gewerkschaft Carlsfund, Großruden.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Dipl.-Ing. Dr. O. Göhring und J. Paul, Ludwigshafen a. Rh., bei der Fa. „Siegfriedwerk Wiesbaden, Dr. Göhring, Paul & Co., G. m. b. H.“, chem. Fabrik, Wiesbaden.

Prokura wurde erteilt: H. Albert, Berlin-Lichterfelde, bei der Fa. Oberschlesische Kokswerke & chemische Fabriken A.-G. zu Berlin.

Gestorben sind: Direktor Gustav Dopp, Arnswalde. — Dr. Curt Meißner, Schriftleiter der Leipziger Drogenzeitung, am 18./9. im Alter von 41 Jahren. — Dr. Jacques Schlesinger-Delmore von der Transvaal Chemical Co., der die letzten 30 Jahre als Großindustrieller in Südafrika eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

- Brucke, Dr. O., Clemens Winklers Lehrbuch der technischen Gasanalyse.** 4. Aufl. Mit 103 Abb. im Text. Leipzig 1919. Arthur Felix. brosch. M 12,—, geb. M 16,—.
- Calwer, R., Gebundene Planwirtschaft? Eine Antwort auf die Denkschrift des Reichswirtschafts-Ministeriums.** Berlin-Zehlendorf-West 1919. Zeitfragen-Verlag.
- Cohn, Dr. G., Die Carbazolgruppe.** Leipzig 1919. Georg Thieme. geh. M 16,—, geb. M 18,— u. 25% Teuerungszuschlag.
- Höhn, O., Die Bekämpfung v. Rost u. Abzehrungen an Dampfkesseln.** Zürich 1919. Speidel u. Wurzel. kart. Fr. 2,—.
- Jentsch, Carl, Volkswirtschaftslehre. Grundbegriffe u. Grundsätze der Volkswirtschaft.** 5. verb. u. verm. Aufl. herausgegeben von Dr. phil. A. H. Rose. Leipzig 1919. Fr. Wilh. Grunow. geh. M 5,50, geb. M 7,50.
- Magnus, H., Theorie u. Praxis der Strohaufschließung.** (Aus dem Laboratorium des Kriegsausschusses f. Ersatzfutter.) Berlin 1919. Paul Parey. geh. M 3,— und 20% Teuerungszuschlag.
- Mecklenburg, Prof. Dr. W., Kurzes Lehrbuch der Chemie.** Zugleich 12. Aufl. v. Roscoe-Schorlemmers Kurzes Lehrbuch der Chemie. Mit 100 Abb. u. einer Spektraltafel. Braunschweig 1919. Friedr. Vieweg & Sohn. geh. M 21,—, geb. M 25,—.
- Meyer, Rich., Jahrbuch der Chemie. Bericht über d. wichtigsten Fortschritte der reinen u. angewandten Chemie.** 27. Jahrgang 1917. Braunschweig 1919. Friedr. Vieweg & Sohn. geh. M 30,—, in Halbleinen M 34,—, halbfanzartig M 36,—.
- Ostwald, Prof. Dr. W., Die chemische Literatur u. die Organisation der Wissenschaft.** Leipzig 1919. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H.
- Schmidt, Ernst, Ausführliches Lehrbuch der pharmazeutischen Chemie.** I. Bd. Anorganische Chemie. 6. verm. Aufl. Mit 204 Textabb. und einer farbigen Spektraltafel. Braunschweig 1919. Friedr. Vieweg & Sohn. geh. M 30,—, geb. M 36,— + Teuerungszuschlag.
- Statzer, Prof. Dr. A., Chlorcalcium. Die Verwendung von Chlorcalcium bei d. Ernährung v. Tieren u. Menschen.** Berlin 1919. Paul Parey. geh. 2,50 M und 20% Teuerungszuschlag.

Bücherbesprechungen.

Einführung in die anorganische Chemie für Studierende der Zahnheilkunde. Von Dr. W. Strecker. 12 Fig. im Text. Berlin, Herm. Meußner, 1919. Preis M 8,—.

Chemiebücher gibt es ja heute eine reichliche Menge, und immer wieder findet man etwas Neues, je nachdem der Verfasser sein Thema

anfaßt. Auch hier gilt das Goethewort: Greift nur hinein ins volle Menschenleben, ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt, und wo ihr's packt, da ist's interessant. — Auch Professor Strecker hat es verstanden, neue interessante Seiten am alten Stoffe aufzufinden. Er schildert ihn in knapper, kurzer Weise gewissermaßen vom Standpunkt des wissenschaftlichen Technikers aus, indem er vor allem Wert auf die Beschreibung der Gewinnung oder Reinherstellung des Stoffes legt. — Dabei ist die reine Theorie durchaus nicht zu kurz gekommen, der Verf. weiß geschickt, an geeigneter Stelle ihr jederzeit gerecht zu werden. Ein sorgfältig hergestelltes Inhaltsverzeichnis gibt dem Werke weiteren Wert. — Dem Verlage ist heute außerdem Anerkennung für Verwendung eines guten Papiers, sowie eines besonders klaren Druckes zu zollen. Dr. von Heygendorff. [BB. 157.]

Fachausdrücke der physikalischen Chemie, ein Wörterbuch von Dr. Bruno Kirsch. Berlin, Julius Springer. 1919. Pr. M 4,80.

Dr. Bruno Kirsch hat mit der Herausgabe dieses Büchelchens einen recht glücklichen Gedanken ausgeführt. Nicht nur den Außenstehern des Wissensgebietes der physikalischen Chemie, wie er in seinem Vorwort besagt, wird er mit diesem Werkchen einen Dienst erwiesen haben, sondern wohl alle Chemiker, denen wohl ab und zu der Begriff einer Bezeichnung momentan entfallen ist, werden gern sich des kleinen Wörterbuches zur Auffrischung des Gedächtnisses bedienen. Dr. von Heygendorff. [BB. 177.]

Küspert, Dr. Franz, Professor für Chemie und Naturbeschreibung an der Kreisoberrealschule Nürnberg. Lehrgang der Chemie und Mineralogie. Ein Lehr- und Arbeitsbuch für höhere Schulen. Unterstufe II. Mit 91 Abbildungen. Verlegt bei Carl Koch in Nürnberg 1919.

Wiederum ein ganz ausgezeichnetes Buch, mit dem Franz Küspert die Schulbuchliteratur bereichert hat. Ganz in der trefflichen Art und Weise geschrieben, in der schon die „Vorstufe“ und die „Unterstufe I“ verfaßt sind, bringt auch dieses Buch eine solche Fülle von Anregungen für Schüler und auch für Lehrer, daß man nur immer wieder hoffen und wünschen kann, es möchten auch die außerbayerischen Schulverwaltungen endlich ein Einsehen haben und die vielfach veralteten Schulbücher durch so etwas Gutes, wie die Werke Franz Küsperts, ersetzen. Es wäre wahrlich an der Zeit, hier gründlich Wandel zu schaffen. Und wie das möglich ist, das lehren die von so großem Erfolge begleiteten Bemühungen des Verfassers, dessen Lehrgänge vorbildlich zu nennen sind. A. Gubier. [BB. 156.]

Neues Pharmazeutisches Manual von Eugen Dieterich. Herausgegeben von Professor Dr. Karl Dieterich. 12. Aufl. mit 148 Textfiguren. Berlin, Julius Springer, 1919.

Bei einem Buche, das sich derart bewährt hat, wie das vorliegende, das schon eine geraume Weile wieder vergriffen war, ist eigentlich jedes weitere Wort der Anerkennung überflüssig. — Es erscheint nunmehr in seiner 12. Auflage, die einen nur wenig veränderten Abdruck der vorhergehenden Auflage darstellt. — Der Inhalt hat sich also nicht geändert, — leider aber das Äußere, indem infolge Dranges der Verhältnisse ein wesentlich weniger gutes Papier verwendet wurde. Die Ausstattung steht daher in grellem Mißverhältnis zum Inhalt, was nur zu bedauern ist. Für den Pharmazeuten und Drogisten ist das Buch wohl fast unentbehrlich, auch dem Chemiker kann es von großem Nutzen sein, da es ihm einen Überblick über die zu den einzelnen Rezepten verwendeten Stoffe gewährt, und schließlich kann es überhaupt so manch einer gebrauchen, der nach dem Motto: „Selbst ist der Mann“ sich so manches Rezept zu Nutz und Freude herstellen möchte.

Dr. von Heygendorff. [BB. 130.]

C. Bülow, Eine neue Theorie vom Bau chemischer Verbindungen. 212 Seiten mit 347 chemischen Formelfiguren. Sonderausgabe aus der Sammlung chemischer und chemisch-technischer Vorträge. Ferdinand Enke, Stuttgart 1919. Preis geh. M 15,—.

Die Bestrebungen des Verfassers gehen bekanntlich seit längerer Zeit dahin, die gegenwärtige Valenzlehre zu reformieren und zu erweitern. Ausgehend von der Annahme eines 6 wertigen Sauerstoffs wird gefolgert, daß Wasserstoff 3 wertig sei, ja zu der Tafel: „Revidiertes periodisches System der gewöhnlichsten Elemente nach C a r l B ü l o w“ wird bemerkt: „H ist nicht weniger als 3 wertig, viel eher höherwertiger. VII!“

Diese Annahmen stehen in schroffem Widerspruch mit unserer heutigen Valenzlehre, die mit der Einwertigkeit des Wasserstoffs steht und fällt. Ein Wechsel der Valenz wird vom Verfasser abgelehnt; seine, wie er sagt, weiterschauende Theorie gipfelt in der Lehre: „Jedes Element besitzt ausschließlich und allein die ihm durch das eingehend revidierte periodische System angewiesene Wertigkeit. Das soll heißen: es gibt im Gegensatz zur heute herrschenden Auffassung keinen Wechsel der Valenz.“

An der Theorie von A. W e r n e r übt der Verfasser scharfe Kritik und sagt: „Vom rein erkenntnistheoretischen Standpunkt aus kann sie uns nicht befriedigen; denn sie bleibt an der Oberfläche haften, ohne mit allgemeinen, die ganze Chemie umfassenden Grundlagen in die Tiefe zu dringen.“

Folgerichtig wird vom Verfasser auch die „Lehre von den nach Wunsch erscheinenden und verschwindenden Nebenvalenzen“ abgelehnt; er meint: „Wo die Arbeit mit den Nebenvalenzen beginnt, da hat ein irrationeller Glaube die Stelle der konstruktiven, auf einer einzigen, unabänderlichen Grundlage beruhenden chemischen Forschung eingenommen.“

Gegenüber diesen starken Worten wirkt folgender Satz fast beruhigend: „Nicht stürzen, nein stützen will ich den Bau des wesentlichen Teiles der Wernerschen Lehre, wiewohl ihr weniger wichtiges Beiwerk dabei in Schutt zerfallen kann.“

Die Ausgestaltung der Valenzlehre ermöglicht es dem Verfasser, für scheinbar einfache Verbindungen die kompliziertesten Formeln zu konstruieren, in denen Ringe eine große Rolle spielen. Auf die Theorie der „Thermonen“ (Wärmequanten) und deren Einfügung in die Formelbilder kann hier ebenso wie auf die Erklärung der „wahren Ionen“ als „aquanierte Moleküle“, als „Aqunonen“ nur hingewiesen werden.

Von einer Kritik der Theorien des Verfassers muß Referent Abstand nehmen; sie würde nicht in den Rahmen einer Buchbesprechung passen. Nur einem Wunsche sei Ausdruck verliehen: Vielleicht kann der Verfasser die nächste Auflage seines Buches durch ein Kapitel vervollständigen, in dem alle die Tatsachen zusammengestellt sind, welche die experimentelle Forschung, angeregt und befruchtet durch C. Bülow's neue Theorie, inzwischen gefunden hat.

Konr. Schaefer. [BB. 147.]

Leitfaden der Volkswirtschaftslehre zum Gebrauche an höheren Fachschulen und zum Selbstunterricht von Prof. Dr. A. Adler, Geh. Hofrat und Studiendirektor der Handelshochschule zu Leipzig. 8. verb. Aufl. 289 S. Leipzig, J. M. Gebhardt's Verlag 1919. Preis brosch. M 6,—, geb. M 7,—.

Für den, der eine kurze, übersichtliche, dabei aber doch nicht trocken-lehrhafte Einführung in die Volkswirtschaftslehre braucht, ist der allgemein als Lehrbuch geschätzte Leitfaden Adlers bestens zu empfehlen. Die Einteilung des Stoffes ist in der neuen Auflage unverändert beibehalten, dagegen ist das statistische Material soweit möglich auf den gegenwärtigen Stand gebracht, und die Lehren des Weltkrieges sind in Anmerkungen berücksichtigt worden. Auf einen äußerlichen Übelstand der broschierten Exemplare möchten wir verweisen. Die Bogen sind nicht geheftet, sondern nur am Rücken geleimt, so daß man nach dem Aufschneiden des Buches lose einzelne Blätter in Händen hat. Wir möchten deshalb nur zur Anschaffung des gebundenen Buches raten. Scharf. [BB. 117.]

Wirtschaftsstatistische Materialien über Deutsch-Österreich. Zusammengestellt auf Grund amtlicher Quellen vom Büro der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer. 2. unter Berücksichtigung der Vollzugsanweisung vom 3./1. 1919 wesentlich erweiterte Auflage. Mit einer mehrfarbigen Sprachkarte. Wien 1919. Selbstverlag. 75 S.

Bevölkerungs- und Berufsstatistik, Tabellen der landwirtschaftlichen und industriellen Gütererzeugung Deutsch-Österreichs bilden den Inhalt dieser Arbeit und bieten ein geschlossenes Bild der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft. Scharf. [BB. 123.]

Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Zweite durchgesehene Auflage. R. v. Deckers Verlag.

Der Bericht hat kein aktuelles Interesse mehr. Er zerfällt in einen Bericht der Kommissionsmehrheit und in einen Gegenbericht der Minderheit, den man aber wohl als den wertvolleren ansprechen darf. Eine eingehende Besprechung des Berichtes wäre gleichbedeutend mit einer Seite um Seite erhobenen Kritik. Es ist unbegreiflich, daß eine derartig wichtige Frage wie die Sozialisierung des Kohlenbergbaues mit der Oberflächlichkeit dieses Berichtes behandelt werden konnte. Ohne ein Spur von Beweis werden die anfechtbarsten Dinge ohne weiteres als Voraussetzung hingenommen. Schon der erste Satz sagt: „Ein staatliches Eingreifen in die Verhältnisse der Kohlenindustrie und des Kohlenabsatzes ist schon vor dem Kriege eine fast allgemeine Forderung der Wirtschaftspolitiker nicht nur in sozialistischen, sondern in allen sozial interessierten Kreisen gewesen.“ Ist das nicht eine etwas weitgehende Behauptung? ... „Als unbestritten kann es gelten, daß dieses Monopol an dem wichtigsten Rohstoff ein Herrschaftsverhältnis konstituiert, das mit dem Wesen des modernen Staates, nicht nur des sozialistischen, unvereinbar ist. Es erscheint unnötig, von neuem die Frage zu erörtern, ob und in welchem Maße dieses Herrschaftsverhältnis zum Schaden der übrigen Volksgenossen, Weiterverarbeiter, Konsumenten, Arbeiter mißbraucht worden ist. Es genügt sein Bestehen, um die Notwendigkeit seiner völligen Aufhebung evident zu machen.“ Das kann vielleicht doch nicht alles „als unbestritten gelten“.

... „Wenn auch die Frage der größeren Arbeitsleistung des Arbeiters im gegenwärtigen Staats- und Privatbergbau von der Kommission mit einem non liquet beantwortet wird...“ Kann diese Frage wirklich mit einem non liquet beantwortet werden?

Diese wenigen Stichproben von den ersten zwei Seiten des vorläufigen Berichtes der Sozialisierungskommission geben bereits einen

ungefähren Begriff von dem Wert und der Gediegenheit der ganzen Arbeit.

Es war während des Krieges bei der Truppe üblich, wenn schlechtes Ersatzmaterial geliefert wurde, mit einem lächelnden Achselzucken und dem Wort „armes Deutschland“ darüber zu quittieren. Nicht viel andere Empfindungen werden ausgelöst, wenn man sieht, auf welchen Grundlagen heute die lebenswichtigsten Gesetze zustande kommen.

Dr. Kochmann. [BB. 141.]

Die Mineralölindustrie Österreich-Ungarns. Von Ing. Robert Schwarz. Wien 1919. Verlag für Fachliteratur G. m. b. H., Wien und Berlin. Preis geb. Kr. 42 = M 22,40

Das Buch bietet mit seinen graphischen und statistischen Darstellungen sowie insbesondere mit seiner großen Übersichtskarte der Erdöl- und Erdgasgruben, der Asphalt-, Bergteer- und Schieferorkommen und Raffinerien ein außerordentlich wertvolles Material, das dem Verfasser durch seine langjährige Tätigkeit als Sachverständiger, ferner als Herausgeber der Fachzeitschriften „Petroleum“, „Die Rohölindustrie“ usw. und als Leiter der kriegswirtschaftlichen Mineralölabteilung in seltener Vollständigkeit zur Verfügung stand.

Scharf. [BB. 142.]

Desinfektionsmittel und Desinfektionsapparate. Ihre Eigenschaften, Einrichtung und Anwendung. Bearbeitet von Wilhelm Heckenast. Zweite, ganz neu bearbeitete Auflage mit 79 Abbildungen. Wien und Leipzig: A. Hartlebens Verlag. Chemisch-technische Bibliothek Band 42. Preis 6 M.

Verfasser bringt in seinem Buche mehr, als man der Aufschrift nach erwarten kann, indem er die erste Hälfte mit der ausführlichen Beschreibung des Baues und der Lebensweise der Mikroorganismen und der krankheitserregenden (pathogenen) Bakterien ausfüllt. Wie dringend notwendig wir der Desinfektionsmittel und Desinfektionsapparate bedürfen, führt uns der Verfasser vor Augen und bringt dann im zweiten Teil seines Buches in klarer und anschaulicher Weise ihre Wirkungsweise und Gestaltung zur Darstellung. Zur ersten Einführung für den Nichtfachmann auf diesem Gebiete dürfte das Werk empfehlenswert sein. Hohmann. [BB. 122.]

Dr. A. Guttman, „Die Verwendung der Hochofenschlacke im Baugewerbe.“ Herausgegeben im Auftrag des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. Verlag Stahl Eisen m. b. H., Düsseldorf 1919. Preis geh. M 10,—

Während die völlige Ausnutzung der Gichtgase des Hochofens schon seit vielen Jahren durchgeführt ist, hat man für die Hochofenschlacke zwar eine Reihe von Verwendungen erschlossen, doch ist man nach wie vor genötigt, einen Teil der Hochofenschlacke in näherer oder weiterer Entfernung der Hochofen nutzlos aufzuschütten. Diese Plätze gehen der Landwirtschaft, der industriellen Ausnutzung oder der Besiedelung verloren. Im Verein deutscher Eisenhüttenleute hat sich deshalb die Hochofenkommission das besondere Verdienst erworben, systematisch die Schlackenverwendung zu bearbeiten. Das vorliegende Werk stellt nun den ersten Versuch dar, die Gewinnung und die Eigenschaften der Baustoffe aus Hochofenschlacke im Zusammenhang vorzutragen. Hierzu wurden nicht nur die Arbeiten der Hochofenkommission benutzt, sondern auch andere Untersuchungen, zum Teil auch solche, die noch nicht veröffentlicht sind. Insbesondere verfolgt das Buch den Zweck, dem Bauingenieur die Möglichkeit zu geben, zu erkennen, daß die Baustoffe aus Hochofenschlacke bei richtiger Behandlung den üblichen Baustoffen völlig ebenbürtig sind. Dieser Nachweis ist um so wichtiger, als wir in Zukunft mehr als je genötigt sein werden, alle Nebenzeugnisse, woher sie auch stammen mögen, nützlich zu verwenden.

Nach einer geschichtlichen Übersicht und einer Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung der Hochofenschlackenverwertung wird auf Entstehung, chemische Zusammensetzung, Formzustände und Begriffsbestimmungen der Hochofenschlacke eingegangen. Als dann wird die Mörtelbereitung, die Herstellung der Mauersteine aus Schlackensand, die Verarbeitung zu Beton, die Zementherstellung, die Herstellung der Pflastersteine und gegossener Bauteile, die Aufbereitung der Klotzschlacke, der Straßenbau, die Gleisbettung, die Herstellung der Wärmeschutzstoffe, des Edelputzes, Spülversatzes und der Kleinwohnungsbau dargestellt. Es folgt eine Übersichtstafel der Erzeugnisse aus Hochofenschlacke und ihrer Verwendung sowie eine Literaturübersicht. Nach einem ausführlichen Namen- und Sachverzeichnis sowie einem Bezugsquellenverzeichnis werden noch Abbildungen von Bauten aus Schlackenmauersteinen gegeben.

Die Darstellung ist übersichtlich und vollständig, soweit es sich um die bauliche Verwendung der Schlackenerzeugnisse handelt. Besonders wertvoll sind die zahlreichen Zahlentafeln über Festigkeit, chemische Zusammensetzung, Gewichte und Wärmedurchlässigkeit, insbesondere auch die mit den Zahlentafeln in Verbindung stehenden graphischen Darstellungen.

Möge diese gewissenhafte Arbeit zur erhöhten nützlichen Verarbeitung der Schlacke beitragen, damit nicht nur sämtliche neu entstehende Hochofenschlacke benutzt wird, sondern schließlich auch die alten Schlackenhalde allmählich wieder abgebaut werden können.

Professor A. Freund. [BB. 163.]